

Sankt PaulinX



Nr. 5 Frühjahr 2010

**Straße für „Flo“
im Karo Viertel**

Seite 4-5

**Das Märchen vom
Schutzschirm für St. Pauli**

Seite 6-7

**AnwohnerInnen-
beteiligung
nicht „real“**
Seite 3

Blühende Landschaften...

... bringt real nur der Frühling mit sich. Blühende Quartierslandschaften versprechen uns aber auch die Regierenden in der Stadt und im Bezirk. Warum wir deren Planungen eines blühenden St. Paulis entschieden ablehnen, dazu gibt es in dieser Ausgabe einiges zu lesen.

Erfreulich ist der Widerstand, der sich gegen die Umwandlung St. Paulis zu einem reinen Yuppie-Quartier weiterhin kontinuierlich formiert. Erfreulich auch, dass die Vattenfall-Trasse vorerst gestoppt ist und die Bäume im Grünzug zumindest in diesem Frühling noch mal blühen dürfen.

Dass wir nicht aus Prinzip Nein zu allem sagen (was uns oft vorgehalten wird), zeigt auch unsere Würdigung der Straßenbenennung nach Flora Neumann. Aber ansonsten gibt es unzählige Gründe, laut und deutlich NEIN zu sagen zu vielen Entwicklungen, die vor allem die Tourismus- und Immobilienbranche aufblühen lassen, nicht aber die Solidarität, die diesen Stadtteil so lange ausgemacht hat.

Eine interessante Lektüre der 5. Sankt PauliX wünscht Euch

DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli

Schonzeit für Bäume und Lebensraum im Grünzug Altona



Grund zur Freude: Das Oberverwaltungsgericht hat den Bau der Fernwärmetrasse vom Kohlekraftwerk Moorburg durch den Grünzug Altona vorläufig gestoppt. Die Klage des BUND hatte Erfolg. Diese Entscheidung ist eine Ohrfeige für die grünliche Senatorin Anja Hajduk, die das Vattenfall-Projekt im Schnellverfahren durchboxen wollte – ohne Beteiligung der AnwohnerInnen und ohne Prüfung der Umweltverträglichkeit. Zumindest bis Herbst bleiben fast 400 Bäume und die AnwohnerInnen nun verschont, und alle dürfen hoffen, dass das Gericht im Hauptverfahren den Baustopp für endgültig erklärt. Sonst sind die BaumbesetzerInnen, die trotz des eisigen Winters dort ausharrten (s. Foto), wieder zur Stelle.

Sollte der Baustopp endgültig sein, könnte das dann sogar das Aus für das Kohlekraftwerk bedeuten – denn die Genehmigung für diese Dreckschleuder hängt vom Bau der Fernwärmeleitung ab.

AnwohnerInnenbeteiligung nicht real vorgesehen!

Am 31. Mai 2010 gibt der Real-Markt in der ehemaligen Rindermarkthalle am Neuen Kamp 31 auf. Schon vor mehr als einem Jahr hatte der Bezirksamtsleiter Schreiber sich im Abendblatt für eine mittelgroße Konzerthalle auf dem Gelände ausgesprochen und war damit hier im Viertel auf erhebliche Kritik gestoßen. Daraufhin wurden in den beiden Sanierungsbeiräten (Karoviertel und Wohlwillstraße) Beruhigungsspielen verteilt: Noch sei ja nichts entschieden und es werde eine intensive AnwohnerInnenbeteiligung in Form von Workshops bei der Neuplanung des Geländes geben. Monatelang hielt die Bezirksverwaltung Informationen zurück, obwohl Beiratsmitglieder immer wieder Auskünfte eingefordert hatten.

Nummehr geht alles sehr schnell: In einem „kooperativen Gutachterverfahren“ soll bis Juni 2010 entschieden werden, wie es mit dem Gelände weiter geht. Die Konzerthalle soll nicht mehr diskutiert werden, sondern sie ist integraler Bestandteil des Auftrags für die Gutachter. Außerdem ist schon vorab sehr kleinteilig festgelegt, welchen Zwecken einzelne Flächen auf dem Areal zugeführt werden sollen: bis zu 2.000 qm für einen Nahversorgungsdiscounter, 3.000 qm für eine „St. Pauli-Markthalle“ (in Neudeutsch auch „Shopping-Mall“ genannt), 900 qm für „kleinteiligen Einzelhandel“, 3.000 qm für neue Gastronomiebetriebe, 10.000 bis 16.000 qm „Büroflächen für die Musik- und Kreativwirtschaft“, daneben u.a. „spezielle Wohnformen“, angedacht



sind Wohnblocks für StudentInnen.

Dies alles war vor dem Start des Verfahrens bereits der Presse zu entnehmen. Klar ist also: Die Mitsprachemöglichkeit der AnwohnerInnen beschränkt sich nur auf Details, während die Planung im Grunde schon steht. Eine REALE AnwohnerInnenbeteiligung sieht anders aus! So sehen es auch die Menschen im Viertel, die binnen weniger Tage 800 Unterschriften gegen vollendete Tatsachen und für eine angemessene Beteiligung gesammelt haben. DIE LINKE teilt die Befürchtung, dass die Planung für das gesamte Areal den Aufwertungsdruck im Stadtteil erhöht und die Kommerzialisierung und Eventisie-

rung vorantreibt, unter der die Menschen im Viertel ohnehin schon zu leiden haben.

Dass die Pseudo-Anhörung, zu der die „Stadtplaner“ von SPD, GAL und CDU sowie der Verwaltung eingeladen hatten, von zahlreichen AnwohnerInnen boykottiert wurde, verwundert nicht. Diese Reaktion ist folgerichtig angesichts einer Planung über die Köpfe der Betroffenen hinweg. DIE LINKE fordert ein Einlenken von SPD, GAL und CDU zugunsten einer Neu-Auslobung eines ergebnisoffenen und öffentlichen Ideenwettbewerbs.

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St.-Pauli*

Eine Straße für „Flo“ im Karoviertel

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat beschlossen, dass im Karoviertel ein Abschnitt der Grabenstraße zwischen der ehemaligen Israelitischen Töchterschule und der AG Karolinental nach der Auschwitz-Überlebenden und Widerstandskämpferin Flora Neumann benannt werden soll. Wer war Flora Neumann?



Flora und Rudi Neumann kannten das Karoviertel seit ihrer Schulzeit: Flora, geboren am 23. Februar 1911, und ihre zwei Jahre ältere Schwester Paula gingen in die Israelitische Töchterschule wie auch die drei Schwestern Rudis. Rudi, geboren am 7. August 1908, besuchte die Talmud-Tora-Schule im Grindel.

Nach ihrer Schulzeit wurde Flora Lohnarbeiterin in einer Wollspinnerei. Ende der zwanziger Jahre schloss sich Flora der Jugend-Gemeinschaft jüdischer Arbeitnehmer (JJA) an, die sich zu politischen Schulungen und Aktivitäten traf. Dort

lernten sich Flora Andrade und Rudi Neumann, Elektriker und KPD-Mitglied, kennen und lieben.

Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 arbeitete die KPD im Untergrund, Rudi und seine Genossinnen in der Stadtteilgruppe Sternschanze. Rudi arbeitete als Kurier, wurde im Juli 1933 verhaftet und war bis Februar 1934 in „Schutzhaft“. Nach der Entlassung aus Fuhlsbüttel musste er Zwangsarbeit im Hafen leisten, bevor er im November vom Hanseatischen Oberlandesgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Während der

Haftzeit kam Sohn Bernd zur Welt. Nach der Haftentlassung musste Rudi wieder Zwangsarbeit leisten. 1938 floh er nach Belgien, Flora, unter Druck durch die Gestapo, folgte mit Bernd Monate später.

Als die Wehrmacht 1940 Belgien besetzte, wurden alle männlichen Emigranten, darunter Rudi Neumann, in ein Lager nach Südfrankreich gebracht. Flora musste sich mit Sohn Bernd alleine durchschlagen, stigmatisiert durch den gelben Stern und ständig auf der Hut vor Razzien der deutschen Okkupanten. Nachdem sie ihren Sohn in einem Kloster untergebracht hatte, schloss sich Flora der Untergrundgruppe Brigade Blanche an, die unter deutschen Wehrmachtssoldaten Widerstand organisieren wollte.

Von einem Spitzel verraten, wurde sie nach Gestapohaft 1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie V1-Waffen zusammenbauen musste. Rudi war aus Frankreich nach Auschwitz deportiert worden und wurde gegen Kriegsende in Buchenwald befreit. Flora überlebte den Todesmarsch von Auschwitz nach Ravensbrück, von dort wurde sie zur Zwangsarbeit in eine Munitionsfabrik bei Leipzig gebracht, wo sie im Frühjahr 1945 flüchtete. Von der russischen Armee befreit, wurde sie den Amerikanern übergeben, die sie nach Belgien brachten.

In Belgien fanden Flora, Rudi und Bernd wieder zusammen. Fünf Jahre arbeiteten Flora und Rudi in einem jüdischen Waisenhaus in Brüssel, das traumatisierte jüdische Waisenkinder betreute. Nachdem das Waisenhaus 1951 nach Israel verlegt werden sollte, kehrten Flora, Rudi und Bernd nach Hamburg zurück.

Zwanzig Jahre nach ihrer Heirat eröffneten Flora und Rudi 1951 eine Wäscherei in der Marktstraße 15. Ihre Wohnung fanden sie in der Karolinenstraße 4, direkt gegenüber vom Oberlandesgericht, in dem Rudi von der Nazi-Justiz verurteilt worden war. Die Verwandtschaft der beiden

war fast vollständig ermordet worden.



Wäscherei Marktstr. 15

In bewegenden Worten schilderte Peggy Parnass im Januar die Geschichte ihrer Tante „Flo“ im Sanierungsbeirat. Für Peggy bildeten Flora und Rudi eine untrennbare Einheit: 68 Jahre verheiratet und gemeinsam politisch engagiert, 48 Jahre zusammen in der Karolinenstr. 4 gewohnt, bis zu Rudis Tod am 23. Februar 1999. Flora starb im Alter von 94 Jahren am 19. September 2005. Flora und Rudi waren für Peggy ein Paar, dessen gemeinsame Würdigung sie sich auch auf einem Straßenschild gewünscht hätte. Da aber solche Namensnennungen in Hamburg gesetzlich nicht vorgesehen sind, wurde die entsprechende Empfehlung des Sanierungsbeirates Karoiviertel auf Bezirksebene nur von der Linken unterstützt.

So wird es ab Herbst 2010 die „Flora-Neumann-Straße“ im Karoiviertel geben – und das ist gut so. Besser wäre es gewesen, für eine „Flora-und-Rudi-Neumann-Straße“ zu sorgen – dies durchzusetzen hätte allerdings ein politisches Engagement erfordert, das die Bezirksversammlung mehrheitlich nicht aufzubringen bereit war.

*Marut G. Perle,
für DIE LINKE im Sanierungsbeirat Karoiviertel*

Das Märchen vom Schuttschirm für St. Pauli oder: Vom Verkauf einer sozialen Erhaltungsverordnung

Es war einmal vor den Toren einer wachsenden Stadt ein kleines Dorf, das wuchs schnell heran zu einer lebendigen Vorstadt. Es lag an einem breiten Fluss, der immer größere Schiffe mit Menschen und mit Waren heranbrachte, so dass mit der Vorstadt auch ein mächtiger Hafen entstand. Die

Seefahrt spülte viele Seeleute in die Vorstadt, die hier Abwechslung von der weiten See suchten. Sie fanden hier erst einige Spielbuden und schon bald ein ganzes Vergnügungs- und Rotlichtviertel, das vielen Seeleuten so vertraut wurde, dass sie es als ihren Heimathafen auswählten. So bildete sich eine bunte und lustige Bevölkerung heraus, die wenig materiellen Reichtum besaß, dafür aber umso mehr Lebensfreude. Die Menschen dieser Vorstadt, die nach dem Heiligen Paulus benannt wurde, waren offen für Zuwanderer und Gestrandete, die hier ihre Heimat fanden, und sie mussten am Millerntor in der Stadtmauer Wegezoll zahlen, damit ihnen Einlass in die Stadt Hamburg gewährt wurde.

Auch als die Stadtmauer nicht mehr stand und unser kleines Dorf längst zu dem weltberühmten Stadtteil St. Pauli geworden war, in dem sich Reisende von nah und fern vergnügen konnten, lebten hier noch sehr viele Menschen, die nicht viel Geld besaßen oder zugewandert waren aus nahen und aus fernen Ländern und hier ihr Glück suchten, in Großer Freiheit und gegenseitigem Respekt miteinander zu leben. Sie waren so unterschiedlich und hielten doch gut zusammen, als wären sie eine große Familie.



Das Leben im Schatten des Glitters und des Rampenlichts wurde ihnen nicht leicht gemacht von den Geldsüchtigen und Herrschern, die das Viertel am liebsten auspressen wollten wie eine Zitrone und denen die Armut ein Dorn im Auge war. Deshalb suchten sich die Menschen auf St. Pauli Schutz und wählten eine Regierung, die ihnen versprach, den Charme des Viertels zu erhalten und die Vielfalt des Lebens zu schützen gegen die bösen grauen Herren mit den dicken Zigarren und den dunklen Brillen. Diese wollten die alten Häuser abreißen, in denen auch die armen wohnen konnten, und an ihre Stelle große, strahlende Bauten setzen, die Hamburgs Anspruch als „Tor zur Welt“ repräsentieren sollten. Und die Menschen wunderten sich, dass die Regierung aus Sozis und Grünen, die doch etwas ganz anderes versprochen hatte, die Bauwut zuließ und sogar pries als mustergültige Stadtentwicklung, die allen zugute komme. Sie ließen Türme bauen, die in der Sonne glänzten wie pures Silber und so hoch waren, dass die Menschen, die hier lebten, sich ganz klein fühlten.



Und die Herrscher ließen die alten Häuser aufputzen, Balkone anbringen und Dachterrassen errichten, so dass viele Menschen, die lange auf St. Pauli gelebt hatten, es sich nicht mehr leisten konnten und in die Hochhauswohnungen am Rande der Stadt verdrängt wurden. Vor allem die Menschen, die zugewandert waren, mussten wieder ihre Sachen packen und ihre neue Heimat verlassen. Denn die Mieten für die Wohnungen stiegen in kurzer Zeit so stark an, dass junge Leute mit viel Geld angelockt wurden, die sich die Wohnungen leisten konnten und den Reisenden, die die Stadt besuchten, ein anderes Bild boten. Denn im Urlaub auf Armut zu blicken, bereitet den meisten Reisenden keine Freude.



So lief die Verdrängung schon viele Jahre, ohne dass Sozis und Grüne dagegen einschritten. Doch der Unmut unter den Menschen wuchs und sie schlossen sich zusammen und forderten ihr „Recht auf Stadt“. Inzwischen hatte sich auch eine neue Partei gebildet, die sich für die an den Rand Gedrängten stark machte und in kurzer Zeit die zweitmeisten Stimmen erhielt. Da diese Partei DIE LINKE folglich den Herrschern arg bedrohlich erschien, setzten sich die Herrscher zusammen und berieten, was zu tun sei. Sie überlegten sich das Märchen vom „Schutzschirm für St. Pauli“ und wollten sich fortan an die Spitze der Bewegung gegen die Verdrängung stellen. Sie gaben eine Studie in Auftrag, die im Ergebnis bestätigte, dass die scheinbare Aufwertung des Viertels eine enorme Verdrängungswelle ausgelöst hatte.

Der Schutzschirm sollte diese Verdrängung stoppen. Und der Bezirkskönig Herr Schreiber und sein Hofnarr Herr Grote, der Sozi-Abgeordnete aus St. Pauli, schritten mit dem Schutzschirm zwischen den Zähnen voran und wurden nicht müde, die soziale Erhaltungsverordnung als sicheren Schutzschirm für den Verbleib der Menschen auf St. Pauli in allen lokalen Zeitungen und Radiokanälen zu verkünden. Sie scheuten nicht davor zurück, wider besseres Wissen den Menschen Sand in die Augen zu streuen und den Schutzschirm als Schutz vor Mieterhöhung zu preisen. Und während sie das taten, dachten sie sich neue Maßnahmen aus, um den Stadtteil noch mehr im Glanz des Geldes erstrahlen zu lassen: Eine Musikhalle sollte entstehen, für ganz große Künstler, deren Konzerte zu besuchen die auf St. Pauli verbliebenen Menschen ohne großen Geldbeutel sich nicht leisten konnten. Und noch ein neues Wohnviertel für junge Menschen mit Geld sollte gebaut werden.

Immer mehr Menschen begriffen, dass die Herrscher den Schutzschirm gar nicht aufspannen wollten, sondern ihn nur im Munde mitführten, um die Empörung und den Widerstand klein zu halten. Und nur wenn die Herrscher das geschafft haben und nicht vom Volk abgesetzt worden sind, dann treiben sie ihr Unwesen auch noch heute.

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Was bringt die Soziale Erhaltungsverordnung wirklich?

Während Bezirksboss Schreiber und Ober-GALier Osterburg noch immer verkünden, die Soziale Erhaltungsverordnung schütze wirksam vor Mietwucher, hat es selbst der Leiter des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung, Herr Mathe, eingestanden: Die Soziale Erhaltungsverordnung bringt keinen Mieterschutz. Die CDU hingegen befürchtet, dass St. Pauli damit eine „Käseglocke“ verpasst wird, die einen Stillstand der Entwicklung des Stadtteils provoziert. Richtig ist: Die Verordnung bezieht sich nur auf bereits bestehende Wohnbebauung und hat keinen Einfluss auf Neubauvorhaben. Warum aber hat DIE LINKE im Bezirk Hamburg-Mitte der Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen für St. Pauli zugestimmt?

Im Wesentlichen beinhaltet die Soziale Erhaltungsverordnung Genehmigungsvorbehalte, und zwar bei beabsichtigten

- * Änderungen von baulichen Anlagen, z.B. bei Abrissen von Häusern mit Wohnnutzung)
- * Nutzungsänderungen, z.B. von Wohnen in gewerbliche Nutzung
- * Luxusmodernisierungen (Dahingegen werden zeitgemäße und gebietstypische Modernisierungen weiter vorbehaltlos möglich sein.)
- * Verkäufen von Grundstücken mit Wohnbebauung (gegen Spekulationen gerichtet)
- * Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen

„Genehmigungsvorbehalte“, das bedeutet: Wenn es politisch gewollt ist, sind nach Inkrafttreten der Verordnung Ablehnungen möglich – also nicht automatisch, sondern mit einer erheblichen Einschränkung durch den politischen Willen, der leicht als Willkür erscheinen mag,



wenn er sich nicht konsequent gegen die Verdrängungsmechanismen richtet. Schauen wir uns an, wie die bereits geltende städtebauliche Erhaltungsverordnung in St. Pauli-Süd bei der Baugenehmigung für das Bernhard-Nocht-Quartier mit Füßen getreten wird, ist Skepsis angesagt, inwiefern die Soziale Erhaltungsverordnung konsequent angewendet wird. Die Anwendung werden wir wahrscheinlich immer wieder einfordern müssen. Damit sich der Hype um den „Schutzschirm für St. Pauli“ auch wenigstens ein bisschen lohnt, werden wir das unermüdlich tun!

*Markus Schneider-Johnen,
für DIE LINKE im Ausschuss für Wohnen und
soziale Stadtentwicklung*

Keine Straßenbenennung nach Willi Bartels!

Seine Denkmäler sind die Hafenkrone, das „Brauereiviertel“ und nun noch - unübersehbar - die megamäßige Erinnerung an Willi Bartels: die „Tanzenden Türme“ an der Reeperbahn. Wozu dann noch eine Straße nach ihm benennen?

Er hat sich um St. Pauli verdient gemacht, so die SPD. Verdient gemacht - darunter kann Frau oder Mann sich ja einiges vorstellen, insbesondere angesichts der vielen Legenden, die sich um Willi B. ranken. Wovon mich persönlich die Legende vom guten und gerechte Paten bzw. Patriarchen fasziniert. Als Gewerkschaftsaktivist sträuben sich mir die Nackenhaare. Bei ver.di nennen wir einen solchen Führungsstil, Gaben nach eigenem Ermessen zu verteilen, „Gutsherrenart“. Mit Demokratie, Rechtsanspruch und Mitbestimmung hat es jedenfalls nix zu tun, aber viel mit Unterwerfung und Abhängigkeit.



Aber eines ist nicht Legende: sein Reichtum und seine Macht. Und so wurde sein großer Wunsch, sich mit der Hafenkrone in St. Pauli zu verewigen, von allen damals in der Bürgerschaft vertretenen Parteien genehmigt und begeistert gefeiert - bis Sommer 2009. Der wachsende Widerstand gegen die Gentrifizierung, z.B. im Bernhard-Nocht-Quartier, die hamburgweite Bewegung „Recht auf Stadt“, das hat in der letzten Zeit zu einer wundersamen Kehrtwendung der SPD geführt. Andy Grote mutierte in wenigen Wochen vom Bürgerverein St. Pauli-Liebling zum selbsternannten Sprecher der „einfachen Menschen“ und zum Er-

halter des St. Pauli-Milieus. Sein Büro in der Paul-Roosen-Straße und seine Berichte aus der Bürgerschaft in jedem Heftchen vom St. Pauli-Bürgerverein sollen anscheinend sein Image als „echten Jung von St. Pauli“ in der Öffentlichkeit und den Medien darstellen.

Der Zusammenhang zwischen der Baugenehmigung für die Reeperbahn-Hochhäuser und dem damit von ihnen selbst eingeleiteten Umwandlungsprozess in St. Pauli wird dabei einfach ausgeblendet. Und das ist ein Fehler. Denn das Gedächtnis der Menschen ist besser als mancher Politiker denkt. Und glaubwürdig sind SPD und GAL im Bezirk Hamburg-Mitte nicht geworden, trotz der nun hoch gepriesenen Sozialen Erhaltensverordnung, die noch kommen soll.

Der Antrag von SPD und GAL, Willi Bartels für seine Verdienste in St. Pauli mit einem Straßenzug im Brauereiviertel zu ehren, symbolisiert aus meiner Sicht das ganze Dilemma dieser Parteien: Sie wollen es allen recht machen, den Investoren und anderen Geschäftemachern, hier besonders der Familie Bartels/ Fraatz, und gleichzeitig wollen sie der Wohnbevölkerung eine bezahlbare hohe Wohn- und Lebensqualität sichern. Als Abgeordnete der Partei DIE LINKE bin ich überzeugt, dass dieser politische Spagat SPD und GAL auf die Dauer zerreißen wird.

*Christine Detamble-Voss,
Abgeordnete aus St. Pauli,
stv. Vors. DIE LINKE. Fraktion HH-Mitte*

Kurz, aber wichtig

Nein zum Musikclub und Studiwohnheim am Hamburger Berg

Dort, wo sich am Hamburger Berg jetzt noch die Kult-Kneipen „Villa Kunterbunt“, „Kiek ut“ ut“, „Lucky Star“ und „Gumpelino“ befinden, soll schon bald nach den Plänen des Neuinhabers des Grundstücks ein 6-geschossiger Klotz stehen, mit Musikclub im Erdgeschoss und mit Dachterrasse. In den Obergeschossen sollen Apartments für Studierende entstehen. Diese Planung wird von den Bezirksfraktionen der SPD, GAL und CDU unterstützt. DIE LINKE lehnt diesen vorgeblich „St. Pauli-affinen“ Mietwohnungsbau ab. Statt eines Wohnheims für StudentInnen mit genug Geld (8,50 € nettokalt pro qm!) haben wir ebenso wie der Vertreter von „Mieter helfen Mietern“ im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße vorgeschlagen, die Apartments bereitzustellen für Menschen, die von Arbeitslosengeld II leben und wegen Familienverkleinerungen ihre bisherigen Wohnungen verlassen müssen. Zumeist finden diese Menschen dann auf St. Pauli nämlich keine kleinen Wohnungen, die in den gesteckten Finanzrahmen passen, so dass sie den Stadtteil verlassen müssen. Eine Absprache mit dem Eigentümer in diesem Sinn halten wir für möglich – schließlich wurde der Eigentümer hoch gelobt für bereits erfolgte Kooperationen bei anderen Objekten. Wieder mal scheitert es aber wohl am politischen Willen der anderen Parteien, die lieber die Studis ins Viertel locken und damit die Gentrifizierung vorantreiben wollen. In einem solchen konkreten Fall zeigt sich, was von den vollmundigen Versprechen von SPD und GAL, die Verdrängung stoppen zu wollen, zu halten ist.



Bauplan Vorwerkstr. 8-10 - nochmals Nein

Auch zu dem Vorhaben der steg, die Häuser Vorwerkstr. 8-10 im Karoviertel zu modernisieren, aufzustocken und anzubauen, sagen wir Nein. Hierfür wurden wir von den Fraktionen der SPD, GAL und CDU angefeindet und verleumdet: Es sei doch merkwürdig, dass wir gegen Mietwohnungsbau seien. Die Häuser befinden sich im Treuhandvermögen der steg, die die Aufstockung frei finanzieren will. Es fällt leicht sich vorzustellen, was dahintersteckt: hochpreisige Maisonettewohnungen, die den Verdrängungsdruck im Viertel erhöhen. Selbstverständlich sind wir dagegen, während SPD und GAL sich wieder mal selbst entarnen. Und von der profitorientierten steg haben wir auch nichts anderes erwartet.

Lärmaktionsplanung Hamburg-Mitte

Wo es besonders laut ist oder wo schützenswerte ruhige Gebiete sind, das soll im Rahmen der Lärmaktionsplanung erfasst werden. Es geht u.a. um Straßen-, aber auch um Gewerbe- und Eventlärm (!!). Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist vorgeschrieben. Das beauftragte Büro „Konsalt“ hat ausdrücklich dazu eingeladen, Problempunkte mitzuteilen: Konsalt, Altonaer Poststraße 13, 22767 Hamburg, Telefon: 040-3575270, Fax: 040-357527 16, E-Mail: info@konsalt.de.

Hoffnung auf Verhinderung des Bernhard-Nocht-Quartiers

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte begrüßt die Verhandlungen zwischen dem Investor Köhler und Barga und der Initiative „No BNQ“. Ein Verkauf der Grundstücke an die Initiative würde es ermöglichen, die spekulative Bautätigkeit in St. Pauli ein Stück zurück zu drängen und preisgünstigen Wohnraum im Quartier dauerhaft zu erhalten. DIE LINKE hat sich immer für eine Entwicklung des Bernhard-Nocht-Quartiers im Sinne einer Erhaltung der vorhandenen Wohngebäude und der Einbeziehung der Ideen der BewohnerInnen und AnwohnerInnen ausgesprochen.

DIE LINKE erwartet auch von den anderen in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien, dass sie die Verhandlungen positiv begleiten. Schließlich hieß es immer, man müsse sich mit dem Bau von hochpreisigen Eigentumswohnungen nur deshalb abfinden, weil es nun mal einen privaten Investor gebe, der in der Nutzung seines Eigentums frei sei.

Das kann nun anders werden. Die Initiative will alle Gebäude erhalten und das Quartier für Interessierte nutzbar machen. Das sollte im Interesse der Politik wie auch der Verwaltung sein. Erfreulich, dass der Bezirksamtsleiter einen Verkauf trotz entgegenstehender Klausel im städtebaulichen Vertrag nicht ausschließt.



Schriftzug auf der Wand eines bedrohten Hauses an der Bernhard-Nocht-Straße

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Bernhard Stietz-Leipnitz dazu: „Aber noch bin ich keineswegs sicher, dass das Angebot der Investoren ernst gemeint ist. Die Fraktion hält es für durchaus denkbar, dass hier von den „Investoren“ (= Spekulanten?) auch Spielchen gespielt werden.“

Möglichkeit 1: Wir machen ein Angebot, das so teuer ist, dass die Initiative es gar nicht annehmen kann. Oder: Wir machen so viel Zeitdruck, dass die Initiative keine Chance hat, auf seriöser Datenbasis das Geld bereit zu stellen. Und anschließend heißt es: Wir haben ja alles versucht, jetzt muss uns die Stadt auch den Rücken freihalten für unsere Bautätigkeit ...

Möglichkeit 2: Es stellt sich die Frage, wie sich der Wahrheitsgehalt der Aussage des Herrn von Barga vom ‚Nullsummenspiel‘ darstellt. Ein ‚angemessener‘ Profit wird da schon eingerechnet sein.“

DIE LINKE wird den Prozess rund um das Bernhard-Nocht-Quartier weiterhin kritisch begleiten.

Pressemitteilung
DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

DIE LINKE. ST. PAULI lädt ein:

Halbzeit: 2 Jahre Kampf gegen Gentrification in Bürgerschaft und Bezirksversammlung

Was hat DIE LINKE mit ihren Fraktionen erreicht in der Opposition gegen noch mehr Schickimicki und noch mehr Events auf St. Pauli? Welche Kämpfe gingen verloren, wo sind zumindest Punktsiege erzielt worden? Und wie stehen die Chancen in den aktuellen Auseinandersetzungen?

Hierüber diskutieren wir mit

**Joachim Bischoff, stadtentwicklungspolitischer Sprecher
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft**

**Christine Detamble-Voss, Abgeordnete aus St. Pauli,
stv. Vorsitzende DIE LINKE. Bezirksfraktion Hamburg-Mitte**

**Dienstag, 4. Mai 2010, 19.30 Uhr
Haus der Grauen Panther Hamburg e.V., Lerchenstr. 37**

Von Pfeffersäcken und Kinderarmut - Hamburg, die gespaltene Stadt

36 Superreiche und 65.070 arme Kinder und Jugendliche leben in Hamburg. Dabei ist genug für alle da - es muss nur klug und solidarisch gewirtschaftet und der Reichtum gerecht verteilt werden. Wie das funktionieren kann, darüber diskutieren wir mit

**Horst Bethge,
Mitglied DIE LINKE. Landesvorstand Hamburg
und AG Wirtschaft & Finanzen**

**Dienstag, 1. Juni 2010, 19.30 Uhr
Haus der Grauen Panther,
Lerchenstr. 37**



Aktuelle Sankt PauLinX per Mail

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im Viertel die Sankt PauLinX in ihre Briefkästen. Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder auf unserer Website www.sankt-paulinx.de in den Mailverteiler eintragen oder eine Mail mit dem Betreff "subscribe" an sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de schicken.

Impressum

Herausgeberin: **DIE LINKE. STADTTEILGRUPPE ST. PAULI**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg,
Kreuzweg 7, 20099 Hamburg, Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für SPX Nr. 6: 2. Juni 2010 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotonachweis: S. 4-5: mit Genehmigung von Peggy Parnass / S. 8: Anna Scheer / S. 1-3, 6-7, 9-12: Markus Schneider-Johnen